

Bündnispolitik

Am 15. Februar 2003 gingen in Berlin mehr als 500.000 Menschen und in mehr als 600 Städten weltweit zwischen zwölf und sechzehn Millionen Menschen gegen den Irak-Krieg und für den Frieden auf die Straße. Diese seit Jahrzehnten größte Manifestation war ein globales Bündnis in Aktion. Was es einte, war der Wille, mit dem »Nein« ein Zeichen gegen den drohenden Irak-Krieg zu setzen.

Je genauer man das verbindende »Nein« beschreibt, desto deutlicher wird die Vielfalt der Sichtweisen auf Gesellschaft und globale Prozesse. Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen, sozialen Prägungen, Erfahrungswerten, politischen Orientierungen und Selbstverständnissen, sichtbar gemacht durch Fahnen, Symbole, Losungen oder Plakate, fanden sich an diesem Tag in *dieser* Frage zusammen.

Bündnisse entstehen, wenn es individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse gibt, sich zusammenzuschließen, um mit eigener und der Kraft der Anderen aktiv zu werden, wenn Gesellschaft so nicht sein oder verändert werden soll. Ihnen liegt zumeist eine soziale Gemeinsamkeit zugrunde. Bündnisse sind ein zentraler Bestandteil des Politischen. Sie brauchen von allen AkteurInnen gemeinsam getragene Ziele, Symbole und Handlungen, die an individuelle und kollektive Identitäten, Interessen und Kulturen anknüpfen. Wie sie funktionieren, ist eine politische Frage: Es gibt hierarchische und monolithische, aber auch plurale und nach dem Prinzip der Gleichheit strukturierte Bündnisse. Linke Bündnisse sind ihrem Anspruch nach eine Verbindung auf gleicher Augenhöhe, die von der Freiheit der Andersdenkenden leben und in denen niemand instrumentalisiert wird. Die Vielfalt der AkteurInnen und die Pluralität ihrer Positionen sind ihr wichtigstes Potenzial und machen es möglich, viele zu erreichen und zum Handeln zu aktivieren. Netzwerke stehen für lockere, flüchtige und oft pragmatische Formen der → Kooperation. Netzwerkpolitik und Diversität als soziales und kulturelles Kapital und politische Gleichheit kennzeichnen linke Bündnispolitik.

Damit Bündnisse handlungsfähig sind und die Grenzen ihrer inneren Vielfalt in der politischen Auseinandersetzung bestimmen können, bedarf es der Verständigung über Minimalkonsense, Wege und Formen des gemeinsamen Handelns. Das erfordert Regularien, die für alle gelten, für jeden verständlich sind und deren Erarbeitung Bündnisarbeit ist, die sich auf Toleranz, Anerkennung der Unterschiede, offene Zugänge, unterschiedliche Räume, konsensuale Verfahren des Interessenausgleichs ebenso stützen wie auf verlässli-

Bündnispolitik

che Absprachen, ohne die Souveränität der AkteurInnen in anderen Fragen einzuschränken. Der solidarische Umgang mit verschiedenen Ressourcen wie Wissen, Organisationskraft, Geld etc. sind grundlegende Voraussetzungen für Bündnisarbeit, die von Gleichwertigkeit und Partizipation lebt.

Bündnisse sind nicht harmonisch. Sie sind Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse von gleichen, verschiedenen und zum Teil gegensätzlichen Interessen. Bündnisse müssen sich im Handeln immer wieder neu reproduzieren und dürfen nicht unnötig überfordert werden. Das gilt auch für die Wahl der Aktionsformen. Damit stellt sich auch die Frage der Verantwortung für jede/n im Bündnis, selbst Handlungen zu unterlassen, die der/dem anderen schaden.

Je mehr ein Bündnis dauerhaft Macht entwickeln und bewahren soll und so auch in das Spiel der hegemonialen Macht in der Gesellschaft gerät, desto stärker wird die Tendenz zur Institutionalisierung und mit ihr die Gefahr zur strukturellen Hierarchiebildung innerhalb von Bündnissen. Gerade deshalb sind Transparenz in der Arbeitsteilung und der solidarische Umgang mit Ressourcen Grundbedingungen für Bündnisarbeit. Das gilt vor allem für Parteien, die um politische und gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen.

Ebenso konstitutiv wie oftmals kooperationsverhindernd sind die unterschiedlichen Handlungslogiken und -möglichkeiten sowie die Eigenlogiken von Handlungsfeldern der verschiedenen AkteurInnen innerhalb von Bündnissen. So haben Parteien, Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen unterschiedliche Wirkungsmöglichkeiten, die in Bündnissen einander ergänzend ihre spezifischen Potenziale einbringen können – oder sich im Weg stehen. Dabei hilft es zu wissen, welche konkreten Sorgen und Probleme es für den/die andere gibt, aus welchen Interessen- und Konfliktlagen sie agieren und Lösungsansätze anbieten. Bündnisse sind ein Schlüsselmedium der Politik. Sie sind umkämpft, zentral, vielfältig. Es gibt sie lokal und global, zu Grundfragen und aktuellen Problemlagen, zum Aufbau politischer Strömungen, Formationen und Organisationen. Sie sind ein Ort, wo Politik entsteht, sich bewährt – aber auch scheitert.

Cornelia Hildebrandt

Zum Weiterlesen

Beiträge zur Auswertung von G8. In »analyse & kritik« Nr. 518 vom 22.6.2007 und 519 vom 17.8.2007 von Thomas Seibert, Werner Rätz, Uli Brand und Gregor Samsa.

Escobar, Arturo (2004): Andere Welten sind schon möglich: Selbstorganisation, Komplexität und postkapitalistische Strukturen. In: Anand, A./Escobar, A./Sen, J./Waterman, P. (Hrsg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin. S. 333-344.

Bündnispolitik